

Miteinander in die Zukunft

Das Wort der Kirchen



Zusammenfassung auf der Basis der Abschnitt-Numerierung des Wortes der Kirchen.
Zusammengestellt von Thomas Wallimann, Leiter Sozialinstitut KAB Schweiz, Ausstellungsstrasse
21, Postfach 1663, 8031 Zürich. 01 271 00 32. th.wallimann@sozialinstitut-
kab.ch.

Oktober 2001

Kapitel 1: Hoffnung und Freiheit

- (1) „Hoffnung und Freiheit – in diesem Geist können wir am Anfang des 21. Jahrhunderts die Bewältigung der Zukunft angehen.“ [= erster Satz des WdK in Kap 1]. Es geht darum, miteinander die Zukunft zu gestalten.
- (2) Dank an alle, die schriftlich an der Konsultation teilgenommen haben. Das Wort der Kirchen ist eine Fortsetzung dieser Debatte.
- (3) Zahlreiche Einsendungen äussern grosse Besorgnis über die gesellschaftliche Entwicklung. Schon in der Diskussionsgrundlage kam dies zum Ausdruck. Vielleicht liegt darin ein Grund, weshalb wenige, die zu den Gewinnern und ev. Gestaltern des gesellschaftlichen Wandels heute gehören, mitgemacht haben. Die Mehrzahl der Einsendenden gehören zu Kreisen mit wenig Einfluss: Auseinanderfallen der Gesellschaft ist zu beobachten. Die Gruppe der Ausgeschlossenen nimmt an Grösse zu.
- (4) Zielpublikum: alle Menschen in der Schweiz, „die sich um die Zukunft unserer Gesellschaft kümmern und die sich bemühen, ihren Beitrag zum Aufbau einer Welt zu leisten, in der man gemeinsam ein gutes Leben führen kann.“

Unser Blick auf die aktuelle Situation

- (5) Niemand kann Situation völlig objektiv darstellen, alle geprägt von ihrem Standpunkt. „Uns geht es darum, die Erfahrungen, die Gefühle und das Wissen jener zur Geltung und ins Gespräch zu bringen, die zu den ‚Mühseligen und Beladenen‘ der heutigen Zeit gehören.“
- (6) Einbringen der Perspektive der Benachteiligten und Sprachlosen. Gewinner sollen so andere Aspekte der Wirklichkeit wahrnehmen können. Etwas für die Zukunft kann wachsen, wenn gegenseitiger Respekt der Erfahrungen.
- (7) Gemeinsam als katholische und protestantische Christen: Basis ist der gemeinsame Glaube. Christliche Hoffnung ist je weniger utopisch, je stärker sie sich an der Gerechtigkeit von Lebensentscheidungen und konkreten Handlungen orientiert und zu diesen hinwendet. Reich Gottes wird so bereits wirksam.
- (8) Nicht der Wandel an sich macht vielen Sorgen, ebensowenig die Globalisierung an sich, sondern das Gefühl der Ohnmacht diesen „als Beschleunigung erfahrenen Veränderungen gegenüber“ ist die Hauptsorge vieler, die Eingaben machten. Gefühl, die Dinge laufen aus dem Ruder; manche fühlen sich nicht anerkannt bzw. übergangen. „Generell herrscht da Gefühl, der Mensch sei bloss noch ein Spielball, der ‚Selbstregulierung der Märkte‘, den sogenannten Sachzwängen, den unternehmerischen Fusionen, Verkäufen und Rationalisierungen ausgeliefert.“
- (9) Wenn dies zutrifft, dann Kern des modernen menschlichen Selbstverständnisses betroffen. Heute gilt vorherrschend: autonom, für sich selbst verantwortliche Person. Doch aus Eingaben anderes Bild: abhängiges Individuum, das die Kontrolle über seine Zukunft verliert: Folge: existentielle Unsicherheit.
- (10) Vielen fehlt eine Sicherung im Wandel. Grundbedürfnis aber nur zu befriedigen, wenn auch die Begütertesten und Macher in diesem Land von derselben Grundüberzeugung getragen sind, „dass die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen im Dienste des Menschen stehen und nicht über den Menschen gestellt werden dürfen.“

Eine Gesellschaft im Wandel

- (11) 1996 begannen die Vorbereitungen zur Konsultation. Damals hohe Arbeitslosigkeit und schwierige Situation für die sozialen Werke, schwierig, politischen Konsens zu finden.
- (12) Kernauftrag der Kirchen: Evangelium (Gute Nachricht) in die Welt hinaustragen. Konsultation hatte zum Ziel: nicht bloss Grundwerte und das Los der Benachteiligten in Erinnerung zu rufen, sondern Dialogprozess in Gang bringen. Es geht hier nicht darum, technische Lösungen für Probleme zu finden. Praktische Lösungsmassnahmen in diesem Papier sollen dazu dienen, die Leitgedanken zu konkretisieren. Werte müssen nicht nur proklamiert, sondern auch umgesetzt werden.
- (13) Arbeitslosigkeit der 90er Jahre ist vorbei. Es bleibt: Wandel der Arbeitsgesellschaft mit neuen Heraus- und Anforderungen.
- (14) Situation der Sozialwerke ist zZ etwas entdramatisiert. Überalterung führt aber zu schwierigen Zukunftsperspektiven. Doch es ist möglich, Interessengegensätze auf den Tisch zu legen.
- (15) Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation führte auch zu Flexibilisierung der Politik. Es wird weniger um Grundsätze gestritten als um konkrete Massnahmen und Interessen. Dies ist nicht unproblematisch, da Parteien sich so von Positionierung im gesellschaftlichen Diskurs lösen, obwohl das Basis noch nicht tut.

Auf der Suche nach einer neuen Sicherheit

- (16) Besorgnisse haben sich in letzten 5 Jahren stark verändert. Es geht v.a. um Suche nach Sicherheit in der Unsicherheit.
- (17) Gefordert ist der Übergang von einer statischen in eine dynamische Sicherheit, „die weniger auf feste Ansprüche und Leistungen setzt als auf die Gewissheit, dass alle Akteure dieselben Grundwerte beachten.“ Konsens muss darüber herrschen, dass Arbeitsplätze bei Wechsel gesichert, Familien genügend Lohn erhalten, Kranke gleichen Zugang zu Gesundheitswesen haben, ältere Menschen Früchte ihrer Sozialbeiträge erhalten, AusländerInnen nicht zu Opfer im Arbeitsmarkt werden.
- (18) Sicherheit basiert auf Achtung der Menschenwürde und Verlässlichkeit der Entscheidungsfindung = neue Form der Solidarität. Wichtig ist dafür die Gewissheit, „dass soziale Gerechtigkeit die Leitnorm bleibt, auch wenn ihre konkrete Gestalt sich wandelt, dass Nachhaltigkeit von allen anerkannt ist, um die Zukunft des Landes langfristig zu sichern.“

Die Bedeutung der Grundwerte

- (19) Grundwerte sind Verständigungsgrundlage.
- (20) Eingaben haben überraschend hohen Konsens über Grundwerte: „Leitplanken unserer Reflexion bleiben also Solidarität (der in den Stellungnahmen am häufigsten erwähnte Grundwert), Freiheit in Verbindung mit Verantwortung, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung sowie Nachhaltigkeit.“
- (21) Einige Kernbegriffe, die aus den Stellungnahmen kommen: Demokratie, Friede und Gewaltlosigkeit, Marktwirtschaft (Organisationsform, die der Wertebasis der Schweiz am angemessensten ist, wird aber nicht absolut gesetzt, sondern eingebettet in Solidarität, Nachhaltigkeit und Rechtsordnung). Subsidiarität (vgl. Kap 7), Gemeinschaft. Menschenwürde und Respekt des Andern als unabdingbare Voraussetzung. Allgemeinen Menschenrecht sind der Kristallisationspunkt dieser Werte und „Ausdruck des universalen Erbes moralischer Ansprüche und gegenseitiger Verpflichtungen.“

Die Kirchen und der gesellschaftliche Zusammenhalt

- (22) Kirchen sind Teil der Gesellschaft und nicht ausserhalb der Zivilgesellschaft, auch wenn sie einem Zeugnis verpflichtet sind, das jenseits der Geschichtlichkeit des Menschen verankert ist. Christinnen und Christen haben den Auftrag, „darauf hinzuwirken, dass die in der Gesellschaft bereits wirksame Hoffnung und Befreiungskraft aufgehen kann.“ (vgl. Hefe im Teig).
- (23) Kirchen vertreten nicht bestimmtes politisches Programm, sondern sie sind „einer langen Menschheitserfahrung verpflichtet, die auf der Inkarnation Gottes in der Menschheitsgeschichte gründet.“ Sie sind „eher Trägerinnen von Sinn als von Normen“.

- (24) „Grundwerte und Kriterien sind stets kritische Anhaltspunkte und Sinnverankerungen zur Orientierung von individuellem wie kollektivem Handeln.“ Dienen der Kontrolle durch das Gewissen.
- (25) Als Verantwortliche der Kirchen in der Schweiz betrachten wir es als unsere Aufgabe, Bewusstsein lebendig zu erhalten, „dass der Mensch als Person das Mass jedes sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Systems ist“. Jesus hat immer Person ins Zentrum gesetzt. Mensch kann nicht isoliert leben, er braucht soziale Beziehungen. Voraussetzung: Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Ethik und Macht der Durchsetzung

- (26) Einsendungen signalisieren zwei Probleme:
- (27) Erste Problem: Umsetzung der Grundwerte und Zweifel an ihrer Durchsetzbarkeit. Vgl. Unterschied Recht-Moral: „Grundwerte sind so gewissermassen gegenseitige Versprechen auf Sittlichkeit. Deshalb sind sie im Verhalten der Person verankert und nicht in einem staatlichen Recht.“
- (28) Recht aber muss durchsetzbar sein. Moral hingegen kann nicht durchgesetzt werden, sondern muss gelebt werden. Für Christen wurzelt sie letztlich im Schöpfungsplan und Willen Gottes. Ethik ist deshalb auf freie Überzeugung der Menschen angewiesen: anspruchsvoll, weil Leben nicht nur nach eigenem Vorteil zu leben; bescheiden, weil Konkretisierung der Grundwerte in der Verantwortung jedes/jeder einzelnen.

Personal- und sozialetische Handlungsfelder

- (29) Zweite Problem: Geltung der Grundwerte. Aus Einsendungen Tendenz, Geltung auf individuelle Sphäre zu beschränken.
- (30) Verankerung der Werte im persönlichen Lebensentwurf ist wesentlich: jegliche Ethik ist in einer gelebten Individual- oder Personalethik verankert. (Wir ziehen es vor von Personen statt von Individuen zu reden, da Mensch immer Individuum *und* soziales Wesen zugleich). Unverzichtbar für Zusammenleben sind Charakterstärke, eigene Entscheidung zu Grundpositionen und Zivilcourage. „Der Mensch ist letztlich einziger und alleiniger Träger von sittlicher Verantwortung gegenüber anderen Personen, der Gesellschaft und der natürlichen Mit-Welt.“
- (31) Aber Geltung der Grundwerte nicht auf persönliches Handeln reduzieren (würde soziale Existenz des Menschen leugnen). „So wie kein Mensch sein Leben sich selbst verdankt, so vermag kein Mensch sein Handeln einzig durch seine Sittlichkeit zu bestimmen.“ Durch soziales Umfeld beeinflusst. Institutionen sind hier nicht einfach Zwänge, sondern bieten einen „Ermöglichungsrahmen für die Entfaltung der Freiheit“. Auch Institutionen sind Gegenstand ethischer Reflexion. „Auf ihre Gestaltung und Lebensdienlichkeit sind dieselben Grundwerte anzuwenden, die auch für das persönliche Leben gelten: Solidarität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit usw.“
- (32) „Die sozialetisch erweiterte Verantwortlichkeit gebietet es, sich für Institutionen einzusetzen, welche die solidarische, gerechte, partizipative Freiheit fördern, aber auch für gesellschaftliche Lebensregeln, die Personen, Menschheit und Umwelt respektieren.“ Personal- und Sozialethik ergänzen sich (vgl. Kap 7).

Unser zentrales Anliegen

- (33) Jedes legitime System gründet auf Respekt der Person. „Den Verantwortlichen der beiden Kirchen ist es ein Anliegen, dabei immer wieder die Wahrung der Menschenwürde und die Beachtung gemeinsamer Grundwerte sowie ethischer Kriterien in Erinnerung zu rufen.“ Wurzel dafür: Hoffnung und Gewissheit der Vater-unser-Bitte „Dein Reich komme“. Kleinen und Schwachen finden unsere grösste Aufmerksamkeit, weil sie am verletzlichsten sind. Ihr Los ist der Massstab für eine gute Gesellschaft, wie es auch Präambel der BV ausdrückt: „...gewiss, dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht, und dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.“

Kapitel 2: Biblische Perspektive: Der Mensch als Person in der Gesellschaft

- (34) Jeder Mensch wird in seiner Würde anerkannt, lebt in einem sinnstiftenden sozialen Beziehungsnetz – dies sind für ChristInnen erste Zeichen des Reiches Gottes.

Jeder Mensch mit gleicher Würde

- (35) Leben wird geschenkt und weitergegeben. „Wir glauben, dass jeder Mensch sein Leben vom Schöpfer empfängt“. In diesem gemeinsamen Ursprung wurzelt die Gleichheit aller Menschen und die Würde der Person. Würde ist nicht nur Grundprinzip und Fundament für Christen, sondern für alle Menschen und ihre Ethik.

Der Zugang zu den Gütern dieser Welt

- (36) Mensch kann Dingen einen Namen geben (vgl. Gen 2,19-20). Dies ist ein Zeichen für die dem Menschen gegebene Verfügungsgewalt über die Schöpfung und ihre Ressourcen. Dies beinhaltet Verantwortung gegenüber der ganzen Schöpfung. Bibel kennt keine strikte Trennung zwischen Mensch und Natur. Mensch ist Teil der Natur, muss zur Schöpfung Sorge tragen.
- (37) Schöpfung hat ihren eigenen Wert und darf nicht total vom Menschen beansprucht werden. Es geht darum, Reichtümer der Schöpfung zu bewahren, damit auch noch künftige Generationen daran teilhaben können. Diskriminierung beim Zugang zu den Gütern der Welt ist untolerierbare Ungerechtigkeit.

Der Mensch als soziales Wesen

- (38) Mensch ist Beziehungs- und Dialogwesen und ergänzungsbedürftig (Gen 1,27; 2,18-25). Mensch braucht, um leben und sich entfalten zu können, ein Netz von Beziehungen. Mensch ist eine für Gemeinschaft angelegte Person.

Die Freiheit, Ja zu sagen

- (39) „Jeder Mensch ist frei.“ Er hat Freiheit, Schöpfer, Nächsten und Kreatur anzunehmen oder abzulehnen. Dies ist verbunden mit Öffnung auf andere hin oder mit Rückzug auf sich selber.
- (40) Christliche Glaube verpflichtet, dass Ja zu Gott auch ein ja zum Menschen ist. Daraus schließen wir: Achtung des Nächsten sind jeder religiöse Akt von Gerechtigkeit und Nächstenliebe getragen sein muss. Propheten erinnern daran, „dass der Glaube an Gott und der Einsatz für die Befreiung des Menschen nicht voneinander zu trennen sind“. Evangelium leben und verkünden verpflichtet dazu, „sich für die integrale Befreiung jedes Menschen ... einzusetzen.“
- (41) Deswegen treten wir konkret für Werte und Überzeugungen ein. Für ChristInnen vom Evangelium inspiriert, aber übereinstimmend auch mit jenen von Menschen anderer ideologischen oder religiösen Horizonten. Im Gefolge von Art 1 der allg. Menschenrechtserklärung „unterstützen wir alle Männer und Frauen, die sich aktiv für die Beseitigung aller wirtschaftlich, politisch oder gesellschaftlich bedingten Hindernisse einsetzen, sofern sie die der Menschenwürde inhärente Freiheit bedrohen.“

Ein Perspektivenwechsel

- (42) Vollkommener Ausdruck des Ja Gottes zum Menschen und umgekehrt ist Leben und Lehre von Jesus. Der von ihm verkündete liebende Gott schließt niemanden aus. Echte Solidarität ist deswegen nicht auf Sympathie etc. gebaut, sondern auf dem aufrichtigen Ja zur ganzen Menschheit. „Die entscheidende Frage ist nicht, wer unser Nächster ist, sondern im Sinne eines Perspektivenwechsels ob wir bereit sind, Nähe entstehen zu lassen (Lk 10,29-37).“
- (43) Vor diesem Hintergrund kann legalistisches Verhalten niemals jedes Unrecht ausräumen. Mensch ist wichtiger als das Gesetz (vgl. Jesus und Sabbatgebot). „Religiöse, politische, soziale oder wirtschaftliche Strukturen stehen im Dienst des Menschen und nicht umgekehrt.“

Das Reich Gottes als Vollendung

- (44) „Die Lehre Jesu, die aus den Ausgeschlossenen und Armen die privilegierten Bürger des Reiches Gottes macht, steht im Zentrum unserer Botschaft.“ Die Geringen sind heute: junge und ältere, Opfer des sozialen und wirtschaftlichen Wandels, allein gelassene oder ausgebeutete Frauen, existenzbedrohte Bergbevölkerung, Behinderte, Nicht-Angepasste, Randständige, Vereinsamte, Migranten, Flüchtlinge, Asylsuchende, Opfer von Kriegen und Naturkatastrophen, der internationalen Verschuldung oder von ungerechten sozialen oder wirtschaftlichen Strukturen.
- (45) Neue Welt ist nicht mit Fortschritt zu verwechseln, denn sie ist nicht das Produkt menschlichen Bemühens allein, sondern Geschenk Gottes. Reich Gottes übersteigt Menschheitsgeschichte, ist aber zugleich in deren Zentrum (bereits angebrochen in Leben, Tod und Auferstehung Jesu Christi). „Durch diese Hoffnung gestärkt, befassen wir uns mit den in den folgenden Kapiteln behandelten Themen, und wir verpflichten uns gemeinsam mit allen Christen und Christinnen dieses Landes, mit allen Menschen guten Willens auf die Verwirklichung einer für alle segensreichen Zukunft hinzuarbeiten.“

Kapitel 3: Familie: Leben in Verbundenheit

- (46) In den Zuschriften kommt zum Ausdruck: Die Zukunft der Familie als soziale Lebensform ist vielen ein Anliegen. Kirchen sollen Anliegen der Familien vermehrt vertreten. „Das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern ist keine beliebige Frage der Lebensgestaltung. Wir halten die Familie für eine in allen Kulturen wichtige Institution, die mit dem Wesen des Menschen und mit dem sozialen Zusammenleben der Gesellschaft eng verbunden und für das Fortbestehen der Gesellschaft unabdingbar ist.“

Aus den Stellungnahmen:

Besorgnis in der Bevölkerung über die Zukunft der Familie

- (47) Familien sind in schwieriger Lage, haben zu wenig Einfluss in Politik. Weil keine Einrichtungen der Kinderbetreuung ist Familie belastet, wenn beide Elternteile wegen Arbeitssituation arbeiten müssen. Dass viele junge Familien von Armut betroffen sind, wirft Fragen nach gesellschaftlichen Strukturen auf.
- (48) Rolle der Familie: Sozialisationsinstanz, Ort der Erfahrung und Vermittlung von Werten – für Eltern *und* Kinder. Äussere Einflüsse (Werbung, Medien, Mobilität, Konsum, viele Wahlmöglichkeiten (v.a. für Jugendliche)) erschweren dies.
- (49) Grundproblem für Familien ist also nicht nur finanzieller Art, sondern: Schweiz verfügt immer noch über keine systematische Familienpolitik. Es geht um zentrale Wertfragen: individuell und gesellschaftlich. Welche Bedeutung haben in der Gesellschaft die typischen von Familien geförderten Werte wie: Einfühlungsvermögen, Treue, Rücksichtnahme, Fürsorge, Verbundenheit; Erlernen von Grenzen und Reichweite der Konsumorientierung; Verhältnis Selbstverwirklichung – sich aufeinander einlassen.

Unser Befund:

Mangelnde gesellschaftliche Anerkennung des familiären Lebens

- (50) Familien haben „heute im öffentlichen Bewusstsein einen geringen Stellenwert“ – dies betrifft alle Familienformen (bis sie nicht als Quelle für knappe Arbeitskräfte entdeckt werden).
- (51) Ursachen kultureller Art (auf andere wird bewusst nicht eingegangen): Ausfächerung der Lebensformen, neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Lebensentwurf ohne Kinder ist gesellschaftlich anerkannt.

Das Nebeneinander verschiedener Familienformen

- (52) „Heute von „der Familie“ sprechen zu wollen, würde der vielgestaltigen sozialen Wirklichkeit nicht entsprechen.“ Es gibt heute ein Nebeneinander versch. Formen (vgl. Erfahrungen der Seelsorge, Soziologie). Klass. Familie ist als Norm in Frage gestellt. [einige neue Formen werden aufgezählt.]
- (53) Röm-kath. Kirche betont „den gesellschaftstragenden Wert der sakramental bekräftigten ehelichen Partnerschaft, die auf Nachwuchs angelegt ist“. Protestantische Kirchen gewichten Inhalt und Qualität der Beziehungen (in Ehe sowie auch gleichgeschlechtlichen Partnerschaften) höher als die geschichtlich gewordene Form, denn Formen sind für Menschen da, nicht umgekehrt. Beide sind in der Sorge verbunden für gute, stabile, die Menschen stärkende Beziehungsqualität und v.a. Achtung und Förderung der Familien durch die Politik.
- (54) Folgen: Zunahme der Singles. Erfahrung hoher Scheidungsrate und Verlängerung der Lebenserwartung verstärken Scheu, sich zeitlich unbegrenzt zu binden. Entschluss für Kinder schliesst aber Bereitschaft ein, nachhaltigste Bindung und Verantwortung einzugehen.

Familiengründung nicht einfach geworden

- (55) Bisher: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft konnten auf Funktionieren der Familie als Basis vertrauen. Heute: Gesellschaft zehrt von familiären Substanz, aber trägt nicht zur Erhaltung bei. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nehmen zu wenig auf F. Rücksicht. Familie wird immer

- mehr zur Privatsache erklärt und damit familiäre Ansprüche aus Öffentlichkeit ausgeblendet, sowie Leistungen der Familie für die Gesellschaft nicht als solche anerkannt.
- (56) Entschluss zur Familiengründung wird deswegen anforderungsreicher. Es fehlt an sozialen Vorgaben und Vorbildern. Zudem Gestaltung des Familienlebens sehr anspruchsvolle Aufgabe.
- (57) Dies ist „Kehrseite der prinzipiell positiven Liberalisierung unserer Gesellschaft und der Ausweitung der Selbstverantwortung: Die Gesellschaft stellt jedem Menschen frei, wie er sein Leben führen will, lässt ihn damit aber weitgehend auch allein.“ Konsequenzen: Familie = Privatsache. Vergessen geht: Wie Gesellschaft auf Leistungen der Familie angewiesen ist, wie Familie gesell. und kulturelle Rahmenbedingungen braucht und nicht beliebig formbar ist. „Freiheit heisst Verantwortung – für sich und andere.“

Zwischen individueller Entfaltung und Gemeinsinn

- (58) „Die Gesamtheit der sozialen Leistungen, welche die Familien im weitesten Sinne erbringen, kann von keiner andern Lebensform übernommen werden.“ kurz: „die Erhaltung der Menschen und der Menschlichkeit in unserer Gesellschaft sind der wesentliche und unersetzbare Beitrag der Familien. Gerade darin liegen Sinn und unveräusserbare Aufgabe begründet.“
- (59) Unsichere Zukunft der Familie ist nicht einfach Folge des Zerfalls individueller Moral (= falsche Vormeinung). Wir erkennen hinter Problem der modernen Familie Anzeichen, „dass der strukturelle und kulturelle gesellschaftliche Wandel in Richtung eines Ethos geht, das die Familie nicht mehr wichtig nimmt.“ Familie zu haben ist nicht einfach nicht mehr selbstverständlich, sondern „das Eingehen lebenslanger personaler Bindungen [wird] durch zahlreiche Faktoren erschwert.“ z.B. Hohe Scheidungsrate; Demographische Veränderungen; selbst-produzierte ökonomische Sachzwänge; Folge gewandelten Wertesystems (mit Gewicht auf: Flexibilität, Mobilität, Ungebundenheit, Tempo). „Wenn der individuelle Erfolg zum einzigen Ziel wird – kann Atomisierung der Gesellschaft die langfristige Konsequenz sein.“ Kirchen wollen dieser Entwicklung entgegenwirken durch Besinnung auf menschengerechte Balance zwischen Individualität und Sozialität.

Unser Anhaltspunkt:

Freiheit und Verantwortung: Chance eines glückenden Lebens

- (60) Es gibt aber auch jene, die sich auf das Wagnis Familiengründung einlassen. Gründe dafür sind je unterschiedlich.
- (61) Ja zur Familie ist aus christlicher Sicht eine Chance, „Gottes Liebe in der Liebe ihrer Angehörigen zu erfahren und selber weiterzuvermitteln.“ Familie ist nicht der einzige, aber ein bevorzugter Ort dafür heute.
- (62) Leben in sozialer Verbundenheit (Familie als engste Form) ist grosse Chance für glückendes, erfülltes Leben (Joh 10,10). „Selbstentfaltung und Eingebunden-Sein in Beziehungen werden hier zusammengeführt.“
- (63) Gemeinsame Überzeugung: Leben in Familie ist wertvolle Chance, keine Garantie für gelingendes Leben (Joh 10,10).
- (64) Fülle ist anderes als Menge. Werte der Familie (siehe oben) stehen z.T. im Gegensatz zu Werten der Gesellschaft (Wettbewerb, Maximierung der Eigeninteresse). Dies ist Chance, (Familien)Werte in Gesellschaft einzubringen. „Gelingt dies, werden die Familien zu einem wichtigen Baustein der Humanisierung unserer Gesellschaft.“

Wege und Ansätze:

Was ist zu tun?

- (65) „Rettung der Familie“ ist weder einfache Aufgabe des Staates noch Rad der Zeit zurückdrehen. „Im Kern geht es darum, in unserem sozialen Wertesystem, also auch im Bewusstsein der vielen Einzelnen, die Bedeutung der Familie und ihrer Leistungen zu anerkennen.“ (= kulturelle Grundlage). Veränderung des gesellschaftlichen Wertesystems ist aber nur möglich, wenn durch Staat und Wirtschaft unterstützt: D.h. Rahmenbedingungen müssen den Einstellungen entsprechen.

- (66) Freiheit der Wahl der Lebensform muss gewahrt bleiben – dies gilt individuell, nicht aber für Gemeinwesen: darf nicht vom ungebundenen Individuum ausgehen (vgl. viele Nachteile heute für Familien im Sozialsystem, Steuern, Arbeitsmarkt etc.).

Die unabdingbare finanzielle Sicherheit

- (67) Konkrete Massnahmen sind möglich und notwendig:
Materielle Entlastung von Familien.
- D.h. *Ein* volles Erwerbseinkommen sollte für Unterhalt einer Familie ausreichen – in Anbetracht der Wirtschaft
 - deshalb: wesentlich höhere Kinderzulagen (durch Arbeitgeber- Arbeitnehmerbeiträge oder Steuermittel)!
 - Familien von Ausgaben entlasten durch familiengerechte Reformen des Steuersystems,
 - durch Regelungen bei Krankenkassenprämien (v.a. bei unteren Einkommensklassen, wo viele Familien mit mehreren Kindern).
 - Entlastungen im Wohnungswesen.
- (68) Grundproblem angehen, dass ein Gegensatz zwischen Gleichstellung- und Familienpolitik herrsche. Deshalb:
- Vereinbarkeit von Haus- und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer fördern: Kinderbetreuungsplätze, Blockzeiten an Schulen, Mittagstische einführen, Einführung sozialer Lernmöglichkeiten (da viele Einzelkinder sind).

Mit wirtschaftlicher und politischer Unterstützung

- (69) Von Wirtschaftsseite her ist Bündel von Massnahmen möglich: Verhinderung, dass Teilzeitarbeit Aufstiegschancen oder Zugang zu Weiterbildung verhindert. Wiedereinstiegshilfen anbieten für den Einstieg nach der Kinderzeit (Eltern haben viele wichtige Kompetenzen).
- (70) Stossend ist, dass überdurchschnittliche viele Familien mit Kindern von Armut betroffen sind. Mittel dagegen: Garantiertes Existenzminimum für Kinder. Fehlen von Mutterschaftsversicherung und mangelnder politischer Wille sind Zeichen, das Gesamtgesellschaft sozialpolitische Verantwortung nicht ausreichend wahrnimmt.

Was wir tun können

- (71) Nicht alle Probleme sind finanzieller oder struktureller Art. Wichtigste: Alleinerziehende sind oft von sozialer Vereinsamung betroffen. Folgen sind gravierend, dürfen nicht unterschätzt werden. Nachbarschaftliche Hilfe, zwischenmenschliche Kontakte im Alltag sind zentral: „Unsere Gesellschaft braucht wieder soziale Netze, die nicht fesseln, sondern tragen; sie braucht im Alltag gelebte Solidarität.“ = Wichtige Aufgabe für Kirchgemeinden, Pfarreien.
- (72) „Individualistische Selbstverwirklichung im Freizeit- und Konsumverhalten verhindert alltägliche, unspektakuläre, aber segensreiche Solidarität.“ Berufsleben(sstress) kann nicht als Entschuldigung herhalten – es fragt sich v.a., ob man sich die Zeit für diese Solidarität nimmt.
- (73) Nachbarschaftliche Solidarität braucht Begegnungsräume – v.a. in Gottesdiensten und kirchlichen Angeboten.
- (74) Alle Massnahmen nur realisierbar, wenn Wert der Familie als zentral für Gesamtgesellschaft anerkannt wird. Familien erbringen ihre Leistungen nicht gratis, sie sind angewiesen auf Sorge von uns allen.

Kapitel 4: Migration: Vertrauen aufbauen jenseits der Unterschiede

- (75) „Jeder Mensch gehört derselben Menschheitsfamilie an, welches auch immer sein Pass, seine Kultur oder seine Religion sein mag.“ Für Christen Überzeugung: JedeR ist Abbild Gottes. Wir unterstützen Initiativen zur Integration von AusländerInnen.

Aus den Stellungnahmen:

Zwischen Angst und Aufnahmebereitschaft

- (76) Beinahe ein Fünftel der Schweiz. Bev. besitzt keinen CH-Pass. In den Antworten auf Konsultation werden Fragen gestellt. Vielfach sind sie Zeichen eines Unbehagens. „Die Angst um den Identitätsverlust geht um.“ Einige sehen in AusländerInnen rentable Arbeitskräfte, andere eine Chance für Öffnung, andere verbinden es mit Delinquenz, Arbeitslosigkeit und Unsicherheit.
- (77) Von Ausländischer Seite fast keine Antworten zur Konsultation eingegangen. Schwierigkeit einer echten Kommunikation. Frauen stehen vor beträchtlichen Integrationsschwierigkeiten.

Unser Befund:

Migration verändert die Gesellschaft

- (78) Es gibt viele Gründe, dass Menschen anderswo leben wollen: Verfolgungen, Naturkatastrophen etc. Emigration oft eine Überlebensstrategie, Rettungsanker.
- (79) Geschätzt: 200 Mio. Menschen von Migration betroffen. Die meisten in Ländern des Südens. Im Gefolge der Aufhebung der Blöcke und der Globalisierung haben sich Bevölkerungsbewegungen beschleunigt.
- (80) Nur geringer Teil betrifft die Schweiz. Verändert aber trotzdem: Vielfalt der Sprachen (Schulklassen). Verständliche Folge: Verunsicherung, Spannungen, ev. auch Aggressivität. Eigene Identität wird hinterfragt, aber auch jene der eingewanderten Familien.
- (81) Vielfach (oder meistens) sind Angst und Aggressivität Ausländern gegenüber va. mit deren wirtschaftlichen und rechtlichen Status verbunden. Asylgesetzgebung; Aufenthaltbewilligungen. Trotzdem: Drei Viertel der Ausländer in der Schweiz haben rechtlich geregelten Status, leben hier als Niedergelassene.
- (82) „Die Angst vor dem Fremden ist Anzeichen für ein umfassendes Unbehagen angesichts der ungenügenden Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft auf kultureller ..., sozialer ... und wirtschaftlicher Ebene ...“

Unser Anhaltspunkt:

Alle gehören derselben Menschheitsfamilie an

- (83) Migration hat es immer gegeben (vgl. Bibel: Israel und Aegypten). Gott gewährt den Fremden wie Einheimischen Schutz (vgl. Verbot vor Ausbeutung). Auch im Neuen Testament (vgl. Mt 25,35). „Deshalb kann der christliche Glaube nur in der Überzeugung gelebt werden, dass die Einstellung den Ausländern, den Ausländerinnen gegenüber, aber auch den Armen und Benachteiligten gegenüber, der Prüfstein der Treue zu Gott ist.“
- (84) Zentral für christlichen Glauben: Jeder Mensch gehört derselben Menschheitsfamilie an.
- (85) Freizügigkeit, freier Zugang zu Gütern der Erde (für eigenen Lebensunterhalt) geht jeder juristischen und politischen Einschränkung vor. Globalisierung muss langfristig auch Personenfreizügigkeit erleichtern (vgl. Pacem in Terris 1963, Nr. 25).
- (86) Recht auf Auswanderung ist formell verbürgt (Art. 12 int. Pakt über bürgerliche Rechte). Hoffnungen der Einwandernden auf besseres Leben in der Schweiz „wirft die Frage nach dem Teilen der wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften unseres Landes auf.“ Mit Migrationspolitik muss deshalb Entwicklungspolitik einhergehen.
- (87) Beim Recht auf menschenwürdiges Leben genügt rechtspositivistische Antwort und Verweis auf gültige Gesetze im Land nicht. Andere Werte begründen ethisches Verhalten: Person und

ihre Rechte, Solidarität, Achtung des Rechtsstaates, Lehre Christi (speziell für uns: vgl. Gleichnis vom Samariter Lk 10,30-37: der einzige der hilft: ein Fremder!).

Wege und Ansätze:

Die Integration erleichtern

- (88) Befürchtungen, die einzelne in Konsultation äussern, müssen ernst genommen werden. Aufgabe des Staates ist es, Migration zu regeln. Aber: MigrantInnen in erster Linie nicht Bedrohung, sondern Bereicherung. Schweiz ist eben faktisch ein Einwanderungsland geworden: Reichtum, Nord-Süd-Gefälle.

Für eine realistischere Zulassungspolitik der Ausländer

- (89) Ausländergesetz so revidieren, dass nicht nur kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen Rechnung getragen wird. Wir plädieren „für eine Migrationspolitik, die nicht bloss hochqualifizierten Menschen den Zugang zur Schweiz erlaubt“. Basis: Güter der Welt gehören allen. Deshalb: auch gewisse Zahl benachteiligter Menschen in der Schweiz zugelassen, zudem braucht CH Verjüngung der Bevölkerung.
- (90) Moralischer Anspruch, Zuflucht zu finden, ist Grundsatz für CH-Asylpolitik. Wir sind besorgt über Massnahmen, Asylsuchende auszuschaffen, bevor sie angehört wurden und Gründe darlegen konnten. Ausschaffungen haben zudem unter Wahrung der Würde zu geschehen. Wir bleiben gemeinsam mit Fachorganen und Hilfswerken wachsam.
- (91) Zu restriktive Einwanderungspolitik erhöht die Anzahl der „sans papiers“, vgl. auch Schwarzarbeitsproblematik und Haltung skrupelloser Unternehmen: Minimalstlöhne. Dies ist unakzeptabel und unterträglich.

Für eine Integration, die der Würde jeder Person Rechnung trägt

- (92) Seit Ende 90er Jahre: neue Dynamik bei Integration – neue Impulse auch von Staatl. Stellen her. Hintergrund: Integration betrifft gesamte Gesellschaft, ist kollektiver Prozess. Dies ist Chance für Land.
- (93) Wir wissen: Integrationsprozess kann Konflikte auslösen. Gefragt ist Pragmatismus – v.a. im Bildungswesen. Klassenorganisation soll Austausch zwischen Kulturen und Religionen fördern.

Was wir tun können

- (94) Viele Kirchgemeinden sind aktiv. AusländerInnen der eigenen Konfession Recht einräumen, sich an Verhandlungen und Beschlüssen zu beteiligen. Ganz bes. kath. Kirchgemeinden betroffen.
- (95) Viele muslimische Menschen in der Schweiz. Wir unterstützen Initiativen zur Förderung des Dialogs. Noch lange Wegstrecke des Kennenlernens vor uns. Islam aber ist heute Bestandteil der schweizerischen Gesellschaft. Alle Gläubigen müssen aber Grundrechte der Bundesverfassung achten.
- (96) Integrative Entwicklung wird gefördert, wenn alle Bevölkerungsgruppen sich aktiv an der politischen Auseinandersetzung beteiligen dürfen. „Die demokratischen Rechte, insbesondere auf Gemeindeebene, sollten nicht ausschliesslich an die Schweizer Staatsbürgerschaft gekoppelt, sondern auch durch den Wohn- und Arbeitsort bedingt sein.“ (in zwei Kantonen bereits umgesetzt). Denn wer aktiv Beiträge an Sozialwerke leistet, soll auch aktiv an Entscheiden beteiligen können.
- (97) Vorschläge zur erleichterten Einbürgerung von AusländerInnen der zweiten und dritten Generation verdienen „unsere entschiedene Unterstützung“. „Personen, die hier auf die Welt gekommen sind, die hier von Eltern erzogen worden sind, die ebenfalls in der Schweiz die Schulen besucht haben, sollte gemäss diesem Vorschlag das Bürgerrecht automatisch verliehen werden.“

Kapitel 5: Arbeit: Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft

- (98) Wandel in der Arbeitswelt fordert heraus. Arbeit muss für Mensch da sein und nicht umgekehrt.

Die Stellungnahmen:

Arbeit und Arbeitswelt im Spiegel der Stellungnahmen – eine Problemanzeige

- (99) Stellungnahmen bringen eine Problemanzeige zur Sprache:
Arbeit wird als eine „grundlegende Dimension menschlichen Lebens empfunden“ und als „Fundament von Wirtschaft und Gesellschaft“.
Sinn der Arbeit: Ermöglichung persönlicher Identität und sozialer Integration
Doch: soziale Sicherungssystem ist gefährdet: vgl. Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt, Working poor.
- (100) Veränderte Arbeitsbedingungen sind sehr belastend, steigender Druck:
Gründe: Flexibilisierung, Intellektualisierung, humane und soziale Dimension der Arbeit ist stark unter Druck.

Der Befund

Aspekte des Wandels in Arbeitswelt und Gesellschaft

- (101) Struktureller Wandel in den letzten Jahren. Gründe: Technologie, Kommunikationsmittel, Verkehrswege, Öffnung der Märkte. → vgl. Stichwort: Globalisierung.
Folge: Krisenstimmung in den 90er Jahren in der Schweiz.

Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze

- (102) Erwerbslosigkeit wird sich in Gesellschaft einnisten. Dauerhafte Ausgrenzung erwerbsloser Menschen gefährdet sozialen Zusammenhang. Folge: Zukunftsängste.
Zusätzlicher Unsicherheitsfaktor: Soziale Sicherungssystem ist praktisch ausschliesslich an Erwerbsarbeit gekoppelt.
- (103) Viele neue Stellen sind nur Teilzeitstellen – v.a. für Frauen. Gut, dass vom Parlament her in Bezug auf soziale Sicherung etwas unternommen wird.

Flexibilisierung und Intensivierung

- (104) Outsourcing etc. hat Einfluss auf Struktur des Arbeitsmarktes wie auch Zeitstruktur der Beschäftigten.
Vgl.: Patchwork-Arbeitsbiographien.
- (105) Folgen: Für die einen ein Gewinn, aber für viele Erschwernis in Beziehungspflege
Schwächung der Langfristigkeit und damit von Vertrauen und Selbstachtung.
- (106) Spürbar: Steigerung des Leistungsdrucks und Gefühl, bloss ein Rädchen im System zu sein.
- (107) Erhöhte intellektuelle Herausforderungen und Anforderungen bestimmen die Arbeitswelt.
Wissen ist immer wichtiger. (vgl. Informationsgesellschaft). Bei v.a. älteren Menschen: Spuren im Selbstwertgefühl!

Auswirkungen auf Familie und soziales Klima

- (108) Prekäre Arbeitsverhältnisse, denn wirtschaftliches Risiko wird vermehrt auf Arbeitnehmende abgewälzt. (Frauen mehr als Männer betroffen).
Working poor!
Managerlöhne werden nur mit Markt gerechtfertigt und dies stösst auf viel Unverständnis.
Kluft Arm-Reich ist ein „ernst zu nehmendes soziales Konfliktpotential.“
- (109) Familienleben leidet. Vgl. auch Telearbeit ist kein Lösungsmodell.
- (110) Arbeit ist immer noch nur als Erwerbsarbeit verstanden. → Folgen auf Selbstwertgefühl!
Deswegen ist Erwerbslosigkeit „mehr als ein ausschliesslich ökonomisches Problem.“

Unser Anhaltspunkt: Sinn und Zweck menschlicher Arbeit

- (111) Diese Frage ist mit Frage nach Sinn des Lebens überhaupt verbunden.
- (112) Kirche: Einsatz für Würde der Person, v.a. für Benachteiligte.
Im Gefolge von Propheten und NT (Mt 25,40 – auch auf Frauen bezogen).
- (113) Seit techn. Fortschritt und Verständnis des Menschen als freies und relationales Wesen, steht Arbeit „in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Bedingungen menschlicher Freiheit, mit menschlichem Gelingen und Glück. Die Überzeugung setzt sich durch: Mit seiner Arbeit schafft der Mensch nicht nur Werte oder Mehrwert, sondern entfaltet zugleich sich selber.“
Arbeit vermittelt: Sinn und Identität, sowie wichtiger Teil der sozialen Integration.
Arbeit ist im Dienst des Menschen.
- (114) Dies ist in Frage gestellt von:
 - menschenunwürdige Arbeitsbedingungen
 - wo Arbeit auf Erwerbsarbeit reduziert istAber: Mensch muss Subjekt der Arbeit sein.
Arbeit ist nicht *das* aber *ein* wesentliches Handlungsfeld für menschliches Gelingen und gesellschaftliche Entwicklung.
Arbeit muss deshalb: menschengerecht, umweltgerecht und deswegen nachhaltig sein.

Arbeit im Licht der Bibel

- (115) Biblische Geschichten: erzählen von befreienden Handeln Gottes am Menschen und nicht Analyse der Arbeitswelt.
- (116) Bibel: grundsätzliche positive Bewertung der Arbeit – da alle Menschen vor Gott gleich sind, hat auch deren Arbeit „unterschiedslos teil an Gottes Schöpfungswerk“
Von daher könnte man Fixierung auf Erwerbsarbeit aufbrechen!
- (117) Arbeit ist ein Auftrag Gottes (vgl. Gen 1,26-28; 2,7-15). Sie hat Dienst- und nicht Selbstzweckcharakter und ist eine Antwort des Menschen auf Gottes schöpferische Initiative.
- (118) Aber Arbeit ist auch mit Mühe und Fluch verbunden, sowie Belastung: d.h. wie die ganze Schöpfung der Vergänglichkeit und Vergeblichkeit unterworfen (vgl. Röm 8,20-21). Kein Paradies auf Erden möglich!
- (119) Gemäss Bibel: Ruhe wesentlicher Teil der Arbeit (vgl. Sabbat). Damit auch Kontemplation als wichtig betrachtet → Unterbruch des übermächtigen Kreislaufes der Arbeit → Sinn der Sozialgesetzgebung: Schutz vor Ausbeutung.
(erwerbs)arbeitsfreie Raum gehört zu den unveräußerlichen Rechten, die in der Menschenwürde gründen!

Wege und Ansätze

Neue Bewertung der Arbeit im Dienst des Menschen

- (120) Herausforderung: menschengerechtes Leben und Arbeiten ermöglichen

Bewertung der Arbeit im öffentlichen Diskurs

- (121) Arbeit lässt sich nicht auf Erwerbsarbeit reduzieren – da sie Vorstellung menschlicher Arbeit verkürzt!
Folgen für Bewertung der Erwerbslosigkeit und Anerkennung der unbezahlten Arbeit.
Anstrengungen in diese Richtung sind zu unterstützen.

Anerkennung der unbezahlten Arbeit und materielle Existenzsicherung

- (122) Sozialausweis soll eingeführt werden.
- (123) Entkoppelung von Erwerbsarbeit und materieller Existenzsicherung sind voranzutreiben.
(Weiterverfolgung der negativen Einkommenssteuer).
- (124) Neukonzeption des Systems sozialer Sicherung muss auf working poor Rücksicht nehmen.
Ebenso auf die Unterschiede Frau / Mann (Segregation).

Ermöglichen von Gestaltungsspielraum

- (125) Gute Bildungs- und Weiterbildungspolitik ist wichtig – sowohl für Persönlichkeiten und Wert-Bildung wie auch Vorbereitung für Integration im Arbeitsmarkt.
- (126) Flexibilisierung ist durchaus positiv zu sehen, aber Raum für Existenzsicherung und Entfaltung sowie Raum für gemeinschaftliches Leben muss gewährleistet sein. Ausgewogenes Verhältnis Ruhe-Arbeit ist nötig, deshalb Festhalten an der Respektierung des Sonntags.
- (127) Problem der Erwerbsmöglichkeiten ist ein weltweites! Schweiz muss deshalb weltweit mitwirken – in der ILO (vgl. Kap 8). Ziel: gerechte Arbeitsverhältnisse.
- (128) Verbunden mit Einsatz für ökologisch nachhaltige Wirtschaft(entwicklung).

Aufgaben der Kirchen

- (129) Kirchen müssen sich politisch für die Benachteiligten einsetzen und für Lösungsmöglichkeiten arbeiten – Kriterien: ökologisch, sozial und ökonomische Nachhaltigkeit.
- (130) Diakonische Praxis kann Einzelbefähigungen ermöglichen (Projekte v.a. auf Gemeindeebene)
- (131) Kirchen als Arbeitgeberinnen: menschengerechte, familienfreundliche, gemeinschaftsfördernde und umweltverträgliche Arbeitsverhältnisse schaffen (Sauerteig sein).
- (132) Kirchen haben Möglichkeit, Projekte für Zukunft mit Modellcharakter durchzuführen. Kirche kann so Lernraum werden.

Kapitel 6: Ressourcen: Ein neuer Umgang

(Natur/Umwelt: 133-149 / Ein neuer Umgang Geld, Gewinn und Kapital 150-168))

- (133) Sinn der Wirtschaft: Förderung des menschlichen (Zusammenlebens) – von daher wird Umgang mit natürlichen und finanziellen Ressourcen betrachtet.
„Oberstes Ziel der Wirtschaft ist nicht der Profit, sondern die Entfaltung des Menschen und des sozialen Lebens.“
Heutiger Geltungsvorrang des Geldes ist ein Risikofaktor für künftige Gesellschaftsentwicklung.

6-1 Ein neuer Umgang mit den natürlichen Ressourcen

- (134) Alles auf Erde ist begrenzt! (*nicht: knapp! TW*).
Damit Zukunft dauerhaft und umweltgerecht (auch Entwicklung): Vorsorge geboten.
Schlüsselbegriff: Nachhaltigkeit. (=“Möglichkeit eines Lebens in Würde für alle Menschen der gegenwärtigen Generationen, ohne ein Leben in Würde der zukünftigen Generationen und der Natur zu gefährden“)

Die Stellungnahmen: Verwirrliche Symptome

- (135) Vielfältige Zeichen, dass Menschen an Mitwelt Raubbau betreiben: explodierender Energieverbrauch.
Keine grundsätzliche Handlungsänderung scheint stattzufinden (wirtschaftlich, politisch)

Der Befund: Fakten bestätigen die Symptome

- (136) Es geht auch um internationale Solidarität. CH importiert zu viel nicht-erneuerbare Energieträger und verbraucht im Verhältnis zu ihrem Raum zu viel (Reduktion um 3-8fache nötig: vgl. Gewässer).
Folge: Effizienz und Umsicht im Umgang mit natürl. Ressourcen ins Zentrum.
- (137) Nöte in den Ländern des Südens
- (138) Diagnose: Nicht-nachhaltige Lebensweise unserer Gesellschaft (Fehlwirtschaft).
Nötig sind: Wert der Natur ins Bewusstsein rufen, ökonomische Anreize schaffen.
Konsultation zeigt: Staat soll dem höchste Priorität einräumen und Wirtschaft diesem Ziel unterordnen.

Unser Anhaltspunkt: Die menschliche Verantwortung

- (139) Natürliche Dinge und Lebewesen haben zuerst einen Wert in sich selbst. Mensch muss einsehen, dass es Zusammenhänge gibt und sich nicht alles nur um ihn dreht und zu seinem unmittelbaren Nutzen ist. Goldene Regel gilt für ganze Mitwelt.
- (140) Christlicher Glaube: Mensch und Mitwelt sind Schöpfung. Gott ist nicht nur ausserhalb der Schöpfung, sondern durch Dreieinigkeit auch in der Schöpfung anwesend.
Mensch hat Auftrag, „der Schöpfung ihre ursprüngliche Bestimmung zu vermitteln und würdiges Gleichnis des Reiches Gottes zu sein.“
- (141) Doppelte Aufgabe für Mensch:
- Dialogpartner Gottes (dank Geist)
- Mittlerschaft für Gottes Wille für Schöpfung
Mensch trägt Verantwortung.

Wege und Ansätze:

Der schwierige Weg vom Kopf zur Hand

- (142) „Gute Lebensqualität heisst nicht notwendigerweise materieller Überfluss.“ Verzicht wie auch Zweck der Solidarität muss aber erkennbar sein. Auch umweltverträgliches Leben/Verhalten ist Solidaritätsbeitrag.

Persönliche und unternehmerische Verantwortung für Nachhaltigkeit

- (143) Nötig für persönlichen Lebensstil: gesellschaftliche Gerechtigkeit, hohe Lebensqualität, materielle Bescheidenheit. (z.B. Mobilität: Verzicht auf unnötige Fahrten; Rücksichtnahme auf Gütesiegel; Wahrnehmen der polit. Rechte zu Gunsten nachhaltiger Entwicklung).
- (144) Alle tragen Verantwortung.
Verantwortung heisst auch Freiheit: Entscheiden, Handeln können. – je nach gesell. Stellung. Führungsperson mit mehr Entscheidungs- und Handlungspotential übernimmt mehr Verantwortung.
- (145) Unternehmungen: doppelte Verantwortung:
- optimaler Nutzen innerhalb Marktwirtschaft
- sozialetisch: konstruktive Mitgestaltung der marktwissenschaftl. Rahmenbedingungen.
Dies bedeutet: Umweltrelevante Massnahmen; Vollkostenrechnung unter Einbezug der externen Kosten (nicht-erneuerbare Ressourcen/Verschmutzung).
Aber auch: Einsatz für nachhaltige Raumplanung, Standortwahl, Verbindung zum öff. Verkehr.
- (146) Umgang mit Elektroschrott nachhaltig (demanufacturing und remanufacturing).

Eine Kultur des Masses im Umgang mit der Natur

- (147) Mitwelt gerecht werden bedeutet, „sanitäre Dienste“ der Natur (Luftreinigung etc.) in Geldwerten zu bemessen, damit sie vergleichbar werden.
- (148) Staat muss von begrenzt wachstumsfähigen Wirtschaft ausgehen – d.h. im Rahmen des „Zinses“, den uns die Natur zur Verfügung stellt. Weil Staat langsam ist, muss einzelner Mensch sowie Unternehmen „öko-eigenverantwortlich aktiv werden“.
Gefordert ist „Einstieg in eine ökologische Steuerreform, mit dem Ziel den Faktor Arbeit zu entlasten und auf Energieeffizienz zu drängen“ (Umsetzen von Nachhaltigkeit).

Was wir tun können

- (149) Es braucht globalen und interdisziplinären Ansatz.
Die Frage nach dem „wahren Wohl der Menschen“ muss neu gestellt werden.
Kirchen verpflichten sich zur „Suffizienzrevolution“ – „d.h. zu einem Lebensstil, dessen hohe Lebensqualität sich durch materielle Bescheidenheit auszeichnet.“
Dies heisst: neue Konzepte für Zeit, Kontakte, Gesundheit.
Konkret: vgl. OeKU.

6-2 Ein neuer Umgang Geld, Gewinn und Kapital

- (150) Feststellung: wirtschaftliche Sachlogik (tend. kurzfristige Rendite) und Anforderung an Lebenspraxis (Gesellschaft, die Produkte erwartet) entwickeln sich auseinander. „Die Entwicklung der Wirtschaft verselbständigt sich gegenüber der Gesellschaft.“(vgl. Rolle von Gewinn und Kapital).

Aus den Stellungnahmen:

Zeichen wachsender Besorgnis

- (151) Eingaben spiegeln unterschiedliches:
- Wachsende Distanz zw. Wirtschaft und sozialer Lebenswelt: nur kurzfristige Gewinne sind ausschlaggebend, nur das Geld zählt.
Weil das Geld dorthin fließt, wo es am meisten Gewinn macht (so Stellungnahmen), führt es zu einer Dominanz des Kapitals über die Arbeit, Umwelt und sozialen Ansprüchen.
- (152) anderes dann:
- VertreterInnen der Wirtschaft: beurteilen positiver. Globalisierung kann nicht einfach abgeblockt werden. Prinzipielle Alternative zur Marktwirtschaft sei Planwirtschaft, die ins Desaster führte. Alternative zum Wettbewerb heisst letztlich Korruption.
- (153) Beide Sichtweisen sind nicht miteinander versöhnt. Gespräch zw. beiden gibt es noch nicht in konstruktiver Art. Frage: Gibt es eine gemeinsame Basis?

Der Befund

Die verschiedenen Rollen des Geldes

- (154) Funktionen des Geldes heute:
- materielle Sicherheit (z.B. für Alter, für Angehörige)
 - Zeichen des Erfolgs (Unternehmen)
 - Investitionskapital für Volkswirtschaft
- Problematisch sind nicht die Funktionen, sondern deren Verabsolutierung. Denn die Wirklichkeit ist komplexer.
- (155) Individueller, betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Umgang mit Geld hängen zusammen.
Gewinne können erhöht werden etc., aber irgendwo fallen Kosten an: in Natur, im sozialen Leben (wird kälter), individuellen Leben (Stress, Vereinsamung). „Das Resultat: Besitz ist nicht mehr Mittel zur materiellen Sicherheit, sondern wird zum Zweck an sich, Gewinn ist nicht mehr bloss Zeichen erfolgreicher Geschäftstätigkeit, sondern wird zum alleinigen Unternehmensziel, Kapital dient nicht mehr der Produktion, sondern dominiert die Wirtschaft.“
Das Grundproblem: Vertauschung von Mittel und Zweck! (auf allen Ebenen und in allen Formen des Umgangs mit Geld).
- (156) Es braucht auch gelebte Werthaltung der Solidarität für lebenswerte Gesellschaft und nicht nur leistungsfähige Wirtschaft. „Wettbewerb, Konkurrenz, Effizienz sind wirtschaftliche Prinzipien, die nicht die Gesamtheit der zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen bestimmen dürfen.“
- (157) Rolle des Geldes soll wieder auf seine Grundfunktionen begrenzt werden. Dazu braucht es:
- regulierende Rahmenbedingungen
 - entsprechende Werthaltungen

Unser Anhaltspunkt

Ein unbefangener Umgang mit dem Geld

- (158) Evangelium: Jesus: Zwei Haltungen gegenüber Geld:
- Unvereinbarkeit von Reichtum und Nachfolge Jesu. Dem Schatz im Himmel stehen die Schätze der Erde entgegen (reicher Jüngling, etc.)
 - Benützen von Bildern aus der Geschäftswelt (vgl. Talente, untreuer Verwalter): Besitz als von Gott anvertrautes Gut --> für Hilfe an Notleidende.

- Allg: Geld ist keine Schöpfung Gottes, sondern des Menschen. Es ist eine Sache der Welt und gut für verschiedenes, wenn wir es richtig gebrauchen.
- (159) Frage: „Besitzen wir Geld, oder besitzt das Geld uns?“
 Zu lernen: unverkrampfter Umgang mit Geld; Freude, die sich auch im Teilen äussert und im Schenken.
 Sozialethisch: auf dem über den lebensnotwendigen Bereich hinausgehenden Besitz lastet eine „Sozialhypothek“: Eigentumsprinzip wird so moralisch relativiert. „Besitz verpflichtet zur Solidarität mit denen, die zu wenig haben.“
- (160) Haltung Jesu erinnert daran: Geld und Reichtum ist nicht alles. „Das Messen von immer mehr Lebensbereichen allein an ihrem Geldwert ist wohl schon zu weit fortgeschritten. Es kann nicht alles dem Markt ausgesetzt werden, auch wenn sich das in der Theorie anbietet.“
 Es gibt Alternativen zur Konsumhaltung.
- (161) Folge der Relativierung des Geldes:
 Viele soziale Probleme unseres Landes lassen sich nicht mit finanziellen Mitteln allein lösen. Ziel sollte sein: Ausgrenzungen verhindern. „Eine Gesellschaft, in deren Wertesystem Konsum und Besitz immer wichtiger werden und Wettbewerb und Konkurrenzdenken über den Bereich der Wirtschaft hinaus die bestimmenden Geisteshaltungen sind, ist immer vom Auseinanderfallen bedroht.“

Wege und Ansätze

Möglichkeiten des Umdenkens

- (162) Gesellschaft, die nicht alles in Geld misst, setzt Menschen mit andern Werten voraus.
 Gefordert ist im Umgang mit Geld (individuell, wie betrieblich):
- Kultur der Verantwortung
 - Kultur des Masshaltens
- Problem Erwerbseinkommen: Spitzenlöhne sind Gefahr. „Der Markt kann nicht das Mass aller Dinge sein“.
 Es braucht zwei sozialethische Grundsätze:
- Erwerbseinkommen sollte Lebensunterhalt des Arbeitenden sowie seiner Angehörigen sichern.
 - Einkommensunterschiede dürfen nicht beliebig gross werden.
- Umgang mit damit: Frage des politischen Willens!

Unternehmen mit Bürgersinn

- (163) Gewinnsteigerung kann nicht einziges Ziel sein. Nötig ist, Qualität der Güter sowie Nachhaltigkeit in Betriebsrechnung einzubeziehen.
- (164) Appell an Anlageberater und Verantwortliche institutioneller Anleger: langfristige Substanz statt kurzfristige Gewinne/Rendite.

Finanzplatz Schweiz in globaler Solidarität

- (165) Schweiz trägt grosse internationale Verantwortung.
 Gefordert ist: konsequente Anwendung von Gesetzen und ev. Verschärfung (bei Geldwäscherei oder Potentaten-Gelder).
 Wo Bankgeheimnis missbraucht werden kann, braucht es gesetzliche Korrektur.
- (166) Internationale Geldflüsse: viel spricht für Besteuerung spekulativer Kapitalverschiebungen (vgl. auch Nr. 225ff). Dies bedeutet: nebst Globalisierung der Kapitalflüsse braucht es auch Globalisierung politischer Regelungen.

Was wir tun können

- (167) Kirchen: keine spezifische ökonomische Sachkompetenz, aber Hinweisen auf ethische Dringlichkeit.
 Gewünscht: Weiterführung und Intensivierung des Dialogs zw. Wirtschaftsfachleuten, Kirchenleuten und Vertretern der christl. Sozialethik – auf allen Ebenen.
- (168) In Kirchgemeinden müsste die internationale Solidarität im Umgang mit Geld noch grösser sein. Vermögen müssten umwelt- und sozialverträglich angelegt werden!

Kapitel 7: Politik: Im Dienste des Gemeinwohls

- (169) Sorge um das Gemeinwohl (allen Leben ermöglichen, das sich zu leben lohnt, gedeihliches Zusammenleben sozial und kulturell) ist Aufgabe des Individuums und des Staates. Passiert im öffentlichen Raum (Demokratie), nicht im Raum des Marktes noch dem des Privatlebens.
Es braucht Stärkung der Demokratie.

Aus den Stellungnahmen:

Ein eher diffuses Bild von der Rolle des Staates

- (170) Grosses Vertrauen in Rolle des Staates (Primat des Politischen oft erwähnt). Einige wünschen sich Ausweitung der demokratischen Rechte. Fragezeichen, wie weit Demokratie fähig ist, die wirtschaftliche Entwicklung so zu steuern, dass jedeR davon profitiert.
- (171) Konsens: Vom Staat darf nicht alles erwartet werden.
Einige unterstreichen Eigenverantwortung.
Andere eher Sozialstaat – fordern deswegen garantiertes Mindesteinkommen.
Gegensätzlich auch zu Staat und Wirtschaft: eine: Staat setzt Rahmenbedingungen, andere Staat solle sich zurückhalten und nur Negatives korrigieren.
- (172) Oft ertönt Ruf an die Kirchen, „sich für die Ärmsten einzusetzen.“ Für viele sind Kirchen „die letzten Garanten des Gemeinwohls.“

Der Befund:

Die Schwächung des Gemeinwesens

- (173) Verschwunden sind soziale Klassen. Nationale Grenzen sind durchlässig geworden. Gesellschaft funktioniert immer mehr als Netzwerk auf der Basis von Sonderinteressen. Der kollektive Raum verschwindet (vgl.: Partner in Übersee, den Nachbar auf demselben Stock kenne ich nicht). „Wir beobachten, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet.“
- (174) Tradition verliert ihre Orientierungskraft. Wertweitergabe ist keine Selbstverständlichkeit mehr. *(TW: Werte werden m.E. immer weitergegeben, es fragt sich nur welche. Es ist wie mit der Kommunikation: man kann nicht nicht kommunizieren – ich denke, man kann auch nicht nicht „wertweitergeben“).*
Zeitgeist kann der Geschichte keine sinnvolle Perspektive mehr abgewinnen.
- (175) Als einzige Koordinaten des sozialen Lebens verbleiben:
- Marktwirtschaft
- Individuelle Identität
Gesellschaft entwickelt sich so zu einer blossen Summe von „Ichs“. „Der nahtlose Übergang von individueller Identität zum Marktbereich blendet den öffentlichen Raum aus – Ort des Politischen“.
- (176) Dies ist ein „Kurzschluss“, denn „Der Mensch bleibt ein soziales Wesen.“ Der Markt kann das Bedürfnis nach Gemeinschaft nur ungenügend abdecken. „bietet er doch keine echte menschliche Kommunikation an, sondern lediglich die funktionelle Beziehung zum Anderen. Es entsteht eine Leere, geschaffen durch die Schwächung des öffentlichen Raums.“
- (177) Der Wunsch nach gemeinsamen Werten oder nach Aufwertung der Familie (wie er in der Konsultation aufschien) ist Versuch, diese Leere auszufüllen. Aber auch Rückzug auf eigene Identität, Ethnie oder Religiöse Praxis ist Zeichen dafür.
- (178) Deswegen: Schwierig neuen politischen Entwurf zu formulieren – weil kollektive Identifikation fehlt und damit verbunden ein gemeinsamer Wertehorizont.
Vgl.: Schweiz- als Willensnation!
„ein zerbröckelnder Wertekonsens stellt deshalb für ein Land wie die Schweiz eine besondere Gefahr dar.“
- (179) Aber auch Chance für die Schweiz: Geschichte des Landes als Zeichen der immerwährenden Suche nach kollektiver Identität.
Danke an jene, die sich seit MA immer wieder dafür eingesetzt haben.

- (180) Herausforderung heute so gross, weil grosse Versuchung, sich auf eigene Identität zurückzuziehen. Aufbau der europ. Einheit zeigt, dass auch anderes möglich ist, öffentliche Räume geschaffen und der Markt reguliert werden können.
Herausforderung heisst: neuer politischer Entwurf – gleichbedeutend mit: „unserem Bemühen um eine auf gemeinsamen Werten basierende Gesellschaft“.

Unser Anhaltspunkt:

Das Gemeinwohl als Orientierungsgrösse

- (181) Christusglaube: Sich zugehörig fühlen zu best. menschlichen Gemeinschaft UND zur Gemeinschaft Gottes. Basis für öffentlichen Raum für die Integration aller.
- (182) „Heute mehr denn je ist es Aufgabe des Staates für das *Gemeinwohl* zu wirken.“ (kursiv im Original).
„Seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil definiert die römisch-katholische Kirche das Gemeinwohl als „die Gesamtheit jener Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, die sowohl den Gruppen als auch deren einzelnen Gliedern ein volleres und leichteres Erreichen der eigenen Vollendung ermöglichen“ (Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“, Nr. 26.1). Diese Bedingungen beinhalten gemäss den amerikanischen Bischöfen „das Recht, materielle Bedürfnisse zu befriedigen, die Garantie grundlegender Freiheiten und den Schutz der Beziehungen, die für die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben notwendig sind“ (Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der USA, „*Wirtschaftliche Gerechtigkeit für alle*“, 1988, Ziff. 79). Die protestantische Tradition ist sich der Fallstricke stärker bewusst, die sich hinter dem Begriff des Gemeinwohls verbergen können. Es ist nicht absolut zu setzen, damit es nicht totalitär wirkt.“ ... „Gemeinwohl ist es nur, wenn es von grundsätzlich allen Menschen als solches anerkannt wird.“
- (183) „Das Gemeinwohl kann nur gemeinsam verwirklicht werden.“ Es bedeutet für jeden einzelnen, „eigene Perspektive auszuweiten und den Blick auf den Anderen zu richten, auf das soziale Leben hier und auf die Lebensbedingungen überall auf der Welt. In dieser Perspektive ist das Gemeinwohl moralisch verpflichtend.“ D.h. wir leben mit andern zusammen. Es geht darum, Zusammenleben zu fördern und zur Entwicklung der gesamten Menschheitsfamilie beizutragen.
- (184) Schweiz: föderalistische Tradition. Dies lädt zu Subsidiarität ein. „Subsidiarität besagt, dass das, was zu tun ist, von der dazu am besten geeigneten Kompetenzebene getan werden soll.“ Das Subsidiaritätsprinzip kann nicht im konkreten Fall entscheiden, sondern verlangt eine offene Kommunikation und Meinungsbildung und soll vor Ideologie-Entscheiden schützen.
- (185) Subsidiaritätsprinzip heute: Unterscheiden helfen zw. dem, was unter Kontrolle des Staates sein soll und was an private delegiert (vgl. Privatisierung von Diensten) werden kann (vgl. auch Güter wie Luft oder Klima --> auf kontinentale Ebene, wobei einzelne oder lokale Verantwortung nicht ausgeschlossen ist damit).

Wege und Ansätze:

Den politischen Zusammenhalt stärken

- (186) Gehalt des Gemeinwohls kann nur kollektiv definiert werden, deshalb muss Rolle des Staates geklärt werden. Es geht deshalb vor allem um Schutz der Minderheiten, Rolle des Staates und Funktionieren der Demokratie.

Schutz der Minderheiten

- (187) Minderheitenschutz ist zentrales Element des Gemeinwohls in der Schweiz (vgl. Reaktionen nach Abstimmungen). Politik ist gefordert (Parteien, Parlament, Verwaltung).
- (188) Minderheit ist nicht ausschliesslich durch Sprache oder Kultur bestimmt. Divergenzen sind „zuerst politisch und nicht kulturell geprägt“. Ethnisch gefärbter Rückzug wäre verheerend. „Jeder Versuch, sich kultureller Unterschiede zu bedienen, um bestimmten politischen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, ist zu verurteilen.“ „Wir fordern eine offene Diskussion über politische Optionen“.

Anerkennung der öffentlichen Interessen

- (189) Privatisierung von Bundesbetrieben. Entscheidendes Kriterium: Rechtsform muss Gemeinwohl gewährleisten, „das heisst allen Bewohnern und Bewohnerinnen des Landes erlauben, in gleichem Masse davon zu profitieren“. (Verhindern, dass Randregionen abgeschnitten werden oder auch Bauern als bestimmte Bev.gruppe gegen andere ausgespielt werden).
- (190) Hinter Privatisierungsdebatte steckt allg. Problematik: Welche Güter produziert am besten der Markt, welches sind öffentliche Güter, bei denen der Marktmechanismus kein ethisch akzeptables Resultat hervorbringt.
- (191) Bsp 1: Steuerpolitik (Steuerwettbewerb): Steuerharmonisierungen haben Mühe. doch: „Heisst es nicht, die Autonomie der öffentlichen Gewalt zu gefährden, wenn die so geköderten Personen und Unternehmen jederzeit mit dem Wegzug in ein anderes „Steuerparadies“ drohen können?“ Projekt einer Steuerharmonisierung muss wieder angegangen werden.
- (192) Bsp 2: Forschungspolitik: Drängen, Forschungsgebiete den Forderungen/Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen. Folge: Technisch-wissenschaftl. Bereich wird auf Kosten der Geistes- und Sozialwissenschaften gefördert. Denn: „Staat muss sicherstellen, dass die Bürger und Bürgerinnen über die zur Entscheidungsfreiheit nötigen Mittel verfügen.“

Eigenverantwortung in der Demokratie

- (193) Häufig so präsentiert: Rolle des Staates = Widerspruch zu Eigenverantwortung. Doch dies zu einfach, denn: „Eigenverantwortung ist auch dann gefordert, wenn es um das Wohl des Anderen und um das Wohl aller geht.“ Aufruf an alle: Verfolgen des politischen Geschehen, Beteiligung an Wahlen/Abstimmungen.
- (194) Rolle der Medien: Als „vierte Gewalt“ erleichtern sie oft echte Kommunikation. Aber: Konkurrenzkampf unter gr. Medien und Druck auf service public bewirken tendenziell Segementierung des Publikums nach kommerziellen Gesichtspunkten. Wir fordern deshalb „Beibehaltung eines starken service public“ und Unterstützung für die Pressevielfalt.
- (195) Medien allein genügen nicht. Es braucht neue Bildungs- und Informationsinstrumente. Viele haben für Informationsbeschaffung zu wenig Zeit, v.a. auch in den Parlamenten. Wir wünschen: auf „kantonaler, regionaler oder nationaler Ebene Organe bestellt, die sich mit langfristigen Zukunftsperspektiven befassen“. (z.B. Assemblée prospective oder Zukunftsräte) Auch Bürgerforen sind zu unterstützen. Ziel: Den Zwängen des kurzfristigen Denkens entgegen, Parlamentsbeschlüsse besser vorbereiten.

Kapitel 8: Schweiz - Welt

- (196) Nur wenige erwähnten diesen Bereich. Kirchenleitung greift Thema auf, weil es wichtiges Zukunftsthema ist (vgl. Globalisierung, CH als Ort globaler Organisationen).

Aus den Stellungnahmen:

Die Schweiz in der global wahrgenommenen Welt

- (197) Mehrheit: grössere internationale Öffnung wichtig. Gründe dafür: a) Entwicklungszusammenarbeit, ökolog. Zus.-arbeit, internat. Steuerharmonisierung; b) um Probleme im Inland besser zu meistern (engerer Anschluss an internat. Org.). c) engere Zus.-arbeit nicht vereinbar mit Neutralität.
- (198) Breite Übereinstimmung: Globalisierung ist Realität. Protektionismus ist wirtschaftlich für CH kein Weg. Scharfe Kritik an einer nur ökonomischen Globalisierung. CH hat Aufgabe an sozialverträglichen Wirtschaftsentwicklung mitzuwirken.

Unser Befund:

Zunehmende gegenseitige Abhängigkeit: Die Schweiz ist keine Insel

- (199) Starke Vernetzung zwischen Ländern, aber nicht symmetrisch, d.h. nicht alle profitieren. Einzelinteressen best. Länder dominieren. Einzelne Länder müssen sich politisch und moralisch wandeln. Auch CH nimmt Teil an dieser Transformation.
- (200) Infolge vielfältiger Vernetzung kann es nur noch „eine allen Ländern gemeinsame soziale und wirtschaftliche Entwicklung“ geben. „Das Gemeinwohl stellt heute eine universelle Aufgabe dar.“ Probleme machen heute vor Staatsgrenzen nicht halt und können nicht mehr von einem Land allein bewältigt werden.

Die Schweiz im Konzert der Nationen

- (201) Andere Länder brauchen Hilfe der Schweiz, aber Schweiz braucht auch Unterstützung und Zusammenarbeit mit andern Ländern (vgl. Wirtschaft, Migration, org. Verbrechen, Klimaveränderungen, Bildung, Wissenschaft).
- (202) Vergangenheit: CH profitierte oft mehr von Entwicklungszusammenarbeit als diese Länder selber. CH profitiert noch heute von strukturellen Unterschieden (Nord-Süd). Gerechtigkeit und Achtung der Menschenwürde verlangen Einsatz für globale Sturkturreformen über finanz und technische Zus.-arbeit hinaus.

Schweizerische Aussenpolitik

- (203) BV von 1999 hat an ethischen Grundsätzen orientierte Grundlage: u.a. eine Aussenpolitik des globalen Miteinanders (Art. 2 BV). „Dies rückt die universalen Werte der ökologischen Nachhaltigkeit sowie des Friedens und der Gerechtigkeit ins Zentrum, die nur im Rahmen einer internationalen Ordnung verwirklicht werden können.“
- (204) Dieses weltpolitische Verfassungsziel kommt in Art. 54 BV zum Ausdruck. Im aussenpolitischen Bericht 2000 konkretisiert BR dies: Eckpfeiler: Menschenrechte, Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. CH will durch Engagement und Mitfinanzierung in internat. Org. mithelfen.
- (205) Mitwirkung auf internat. Ebene setzt entsprechende Instrumente voraus (Verträge, Mitgliedschaften: vgl. ILO, WTO, IWF etc.). Dies schliesst die Akzeptanz deren Kontrollfunktionen ein.
- (206) CH ist bereits vielfältig Mitglied und Partnerin im UNO-System, zudem UNO-Org oft Sitz in der Schweiz. „Denn ohne die von der UNO gewährleistete politisch-rechtliche Infrastruktur – soweit es die Interessen der einzelnen Staaten zulassen – kann heute kein Land mehr seine Sicherheit und seine Interessen wahren. Deshalb setzten und setzen sich die Verantwortlichen der beiden Kirchen für ein volles Mitmachen der Schweiz im System der UNO ein.“

Neutralität als Diskussionspunkt.

- (207) Haupthindernis: Neutralitätsprinzip. Ist ein wichtiges Element (nebst Humanität und gute Dienste) der nationalen Identität. Aussenpolitik ist innenpolitisch in der Schweiz aus Tradition wenig verankert (AP war immer Sache des Bundesrates). Information und Bewusstseinsbildung sind zur Überwindung dieses Defizits nötig.
- (208) Neutralität ist nicht letztes Ziel schweizerischer Existenz, sondern zuerst ein Mittel zu einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben mit der ganzen Völkerfamilie.
- (209) Neutralität kann Tugend sein, wenn man selber klein und schwach, die streitenden Parteien aber gross und ebenbürtig sind. Abseits stehen bei gemeinsamen Anstrengungen für eine gerechtere Welt ist etwas anderes. Das Neutralitätsverständnis muss sich - wie in der Geschichte – mit den Veränderungen des internationalen Umfeldes auch verändern.

Unser Anhaltspunkt:

Jesus verheisst sein Heil der ganzen Welt

- (210) Eingeladen, Zukunft in einem Rahmen vorzustellen, der nationale Grenzen übersteigt. Heilangebot ist universal.
- (211) Im Liebesgebot „sehen wir eine Einladung zu weltweiter Solidarität.“
- (212) Kirchen versuchten v.a. durch Hilfswerke solidarisch zu sein.

Wege und Ansätze:

Internationale Mitverantwortung

- (213) Es reicht nicht mehr, darauf zu achten, andern keinen Schaden zuzufügen. Es braucht gemeinsame Ziele. Goldene Regel international angewandt: „Gegenüber andern Ländern alles tun, was wir möchten, dass diese Länder uns gegenüber tun.“
- (214) Verhältnis Schweiz-Welt: Bewusstseinswandel notwendig! Globaleres Denken nötig und stärkeres Wahrnehmen der Mitverantwortung gegenüber der Welt.
- (215) Ermuntern Bevölkerung „mit Nachdruck, sich ihrer internationalen Verantwortung bewusst zu werden.“ Medien sind wichtig. Unterstützung von Bildungsinitiativen.

Aktive Beteiligung in internationalen Institutionen

- (216) Globalisierung fordert eine Stärkung des Völkerrechts. Schweiz in paradoxer Rolle: vielerorts nur am Rande Mitsprache wegen Nichtmitgliedschaft (UNO, EU).
- (217) Solidarität der Staatengemeinschaft wichtig. Das Wohlergehen der Schweiz ist von vielen andern Dingen auf dem Globus abhängig. „Wir sprechen uns deshalb für den Beitritt der Schweiz zur Weltorganisation der UNO aus.“

Anpassung des Neutralitätskonzeptes und Friedensförderung

- (218) Debatten zu UNO- und auch längerfristigem EU-Beitritt sind v.a. emotional geprägt (Ängste). Sachliche Dimension wird verdrängt.
- (219) Schweiz muss vorherrschende Neutralitätskonzeption überprüfen.
- (220) Probleme sind heute nicht Kriege zwischen Ländern, sondern Bürgerkriege und Konflikte zw. Volksgruppen; auch Umweltprobleme, Drogenhandel, org. internationale Verbrechen, Menschen- und Waffenhandel. Neutralität hier wenig sinnvoll – wo es getan wird, führt es zur Isolation. Vor diesem Hintergrund gegen friedensschaffende Operationen (peace enforcement), aber für Friedenssicherung (peace keeping) mit andern Staaten und international klar vereinbarten Massnahmen.
- (221) Genugtuung über sicherheitspolitischen Bericht „Sicherheit durch Kooperation“.

Nachhaltigkeit als Leitlinie: Internationaler Handel und Entwicklungspolitik

- (222) Notwendigkeit der Entwicklungszusammenarbeit wird in Eingaben betont. Anteil am BSP sollte von 0,34 % rasch auf 0.7 % ansteigen (Ziel von UNO vorgegeben).
- (223) Schweiz im Handel mit Entwicklungsländer regelmässig Handelsüberschüsse. D.h. mehr Engagement für fairen Handel liegt im Machbaren drinn.
- (224) Positive Rolle der Hilfswerke wird begrüsst (BfA, FO, Caritas, Heks).

Verantwortung des Finanzplatzes im globalen Rahmen

- (225) Bedeutung der CH-Banktätigkeit nutzen für gerechtere internationale Finanz- und Steuerpolitik: Ziel: Nutzen für Bevölkerung, Schonung der Umwelt (wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit).
- (226) Modell der „Kreativen Entschuldung“ (entwickelt von J+P, ISE 1991 zur 700-Jahr Feier) soll weiter umgesetzt werden. Es hat sich grundsätzlich bewährt. Schweiz hat Pionierarbeit geleistet mit der Entschuldungsinitiative.
- (227) Befriedigung über weiterführende Idee einer Steuer auf Devisentransaktionen (zuerst in Form der Tobin-Tax). Veränderungen in der globalen Finanzwirtschaft erfordern Anpassungen.

Was wir tun können

- (228) Begrüssen die Gründung der Solidaritätsstiftung des Bundes. Hoffen auf baldige Verwirklichung.
- (229) Ermunterung an Pfarreien und Kirchgemeinden, „sich aktiver in der Entwicklungspolitik und in der Partnerschaft zwischen Kirchen des Nordens und des Südens oder mit Ländern des Ostens zu engagieren.“ Dieses Engagement ist auch „ausgezeichneter Ort der Ökumene“.

Zum Schluss

„Dann sah ich ... ein neues Land“ (Off 21,1)

- (230) Anfang des 21. Jh. konfrontiert mit tiefgreifendem Wandel der Gesellschaft. Ein neuer Zeitraum öffnet sich.
- (231) Ökumenische Konsultation wurde in den letzten Jahren zu einem wichtigen Anlass und Ort des Dialogs. Es gilt heute, „eine stabile und gleichzeitig dynamische Sicherheit vorab in der inneren Stärke und in verlässlichen ethischen Überzeugungen in unserer Gesellschaft neu zu erlangen: in der Fähigkeit, die eigene Freiheit im Respekt vor den Anderen zu verantworten, in der Gewissheit, auf der Grundlage der von vielen Menschen geteilten und gelebten Wertorientierung auf die Zukunft hinzuwirken.“ Es geht in der Botschaft darum, „jene Ideen und Kräfte auszumachen, die Träger einer solchen zukunftsgerichteten Dynamik sind.“
- (232) Vertrauen in die Zukunft – aus christlicher Perspektive wegen dem mit dem Tod und Auferstehung Christi verbundenen Glauben: Hoffnung als Trägerin der Zukunft.
- (233) Nicht alle aktuellen Fragen konnten angeschnitten werden. So sind wir nicht auf Landwirtschaft, Gesundheitswesen, neue Technologien etc. nicht eingegangen. Es ging weniger um Vollständigkeit als mehr darum, „jene Grundsätze und Kriterien der ethischen Orientierung herauszuarbeiten, die als lösungsorientierte Leitplanken dienen sollen;“
Kernpunkt:
Achtung der Menschenwürde und der Schöpfung.
Konkretisiert in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.
Freiheitsangebot, das fast grenzenlos erscheint, muss mit Verantwortung gepaart sein
- (234) Schweiz hat gute Voraussetzungen für erfolgreiche und gute Zukunftsbewältigung: liberale Tradition mit Selbstinitiative, Föderalismus, kulturelle Vielfalt, Kompromissfähigkeit, Arbeitsethos, Weltoffenheit.
- (235) Es gibt bereits viele vielversprechende Initiativen, die in die im Wort der Kirchen geforderten Richtungen gehen.
- (236) Aber es gibt auch Schattenseiten: Kluft Arm-Reich ist grösser denn je – in der Schweiz und weltweit. Akzeptanz des Andern ist schwierig zu leben. Vorherrschaft der Kultur des Geldes und des Habens ist Anlass zur Sorge. „Das heutige Wirtschafts- und Sozialsystem ist nicht zuletzt auch eine gewaltige Maschinerie, die Menschen ausschliesst und Umwelt zerstört.“ Viele Menschen sorgen sich darüber.
- (237) Auch in der Geschichte der Schweiz gibt es grosse Figuren: Nikolaus von Flüe, Huldrych Zwingli, Johannes Calvin: sie setzten sich für Gemeinwohl des Landes ein.
- (238) Projekt der ökumenischen Konsultation geht im Herbst 2001 zu Ende – doch wir hoffen, dass das Nachdenken in vielen Köpfen weitergeht. Wichtige Aufgaben für die Kirchen. „Die Zukunft will aufgebaut werden, sie ist keine Fatalität, die uns einfach „zufällt“, sondern die Frucht von Tag für Tag getroffenen Entscheiden.“

Schlussbezug: Mt 28,20 und Zitat:

„Dein Reich komme, dein Wille geschehe wie im Himmel so auf Erden.“